

Aktion gegen die Juden gefordert

Eingabe an Polens Ministerpräsidenten

Der Chef des Lagers der Nationalen Einigung, General Schwarczynski, und 116 Abgeordnete der gleichen Organisation richteten am Mittwoch an den Ministerpräsidenten eine Eingabe, die sich mit Maßnahmen zur radikalen Herabsetzung der Juden in Polen auf dem Wege einer Massenabwanderung befaßt. In der Eingabe wird festgestellt, daß die Juden ein Element seien, das die normale Entwicklung der nationalen und staatlichen polnischen Kräfte hemme.

Die Forderungen des Lagers der Nationalen Einigung zur Lösung der Judenfrage werden schließlich in einer Reihe von Forderungen zusammengefaßt, nach denen die Regierung unverzüglich eine umfassende Aktion in die Wege leiten solle, bei der alle Mittel für eine möglichst starke Herabsetzung der Zahl der Juden in Polen eingesetzt werden sollen.

Die Auswanderung der Juden müsse in einem Ausmaß erfolgen, das den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernissen des polnischen Staates entspreche. Die Regierung solle deshalb dafür Sorge tragen, daß für die Auswanderung der Juden aus Polen entsprechende Siedlungsgebiete und internationale Geldmittel sichergestellt würden.

Mexiko schiebt Juden ab

Kuba errichtet Konzentrationslager.

Die mexikanischen Einwanderungsbehörden hielten 50 mit dem Motorschiff „Orinoco“ in Veracruz eingetroffene Juden an und verboten ihnen, an Land zu gehen. Künftige Judentransporte sollen ebenfalls abgelehnt werden. Auch Kuba will von den Juden nichts wissen. Die in der letzten Zeit in Havanna eingetroffenen 300 Juden sind von den kubanischen Behörden in ein Konzentrationslager gebracht worden.

Juden und Margjinen ziehen an einem Strang.

An Hand der Ergebnisse der Kommunalwahlen weist die polnische Rechtspresse darauf hin, daß die Margjinen in Polen ihre Erfolge der aktiven Unterstützung durch die Juden zu verdanken haben. Die Juden seien heute im innenpolitischen Leben Polens das Jünglein an der Waage. Es sei höchste Zeit, daß diesem Zustand ein Ende bereitet und auf dem Wege der Gesetzgebung den Juden in Polen die politischen Rechte genommen werden. Nur so werde eine sich in Polen bildende Volksfront wirksam bekämpft werden können. Es gehe nicht an, daß durch die jüdischen Einflüsse die nationale Zukunft Polens bedroht wird.

Beneß-Juden als Paktfälscher.

Vor einigen Jahren wurde in Prag ein Verein „Zentralstelle zur Erfassung der deutschen und österreichischen Emigranten“ ins Leben gerufen, der von Beneß selbst gefördert wurde. Dieser Verein, der sich in der Hauptsache aus Juden zusammensetzte, kümmerte sich auch darum, daß die Pässe der Emigranten verlängert oder erneuert wurden. Es bildete sich bald ein Komplott jüdischer Emigranten, das Paktfälschungen im größten Umfang vornahm. Das Judentum hatte sogar die Frechheit, gefälschte Stempel der deutschen Gesandtschaft in Prag herzustellen. Die Anführer der jüdischen Fälscherbande wurden jetzt, soweit sie noch nicht geflüchtet waren, vom Prager Strafgericht zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

„Rote Sache ist Sache des Judentums!“

Juda überschwemmt Sowjetspanien mit Papier

In Zusammenhang mit dem in den letzten Tagen verstärkten Terror in Notspanien bekommen dort auch die Juden immer mehr Oberwasser. Das Judentum verstärkt seinen Einfluß ständig, unterstützt durch eine schamlose Litteration.

So sandte die „Jüdische Gemeinschaft“ in Buenos Aires an die roten Machthaber in Barcelona ein Telegramm, in dem davon gesprochen wird, daß der Sieg der Roten gleichbedeutend mit dem Sieg des Weltjudentums sein würde; ein Eingeständnis, das in Anbetracht der geistigen und finanziellen Investitionen des Weltjudentums in Notspanien — allerdings wohl gefichert — wirklich nicht erschüttert.

In Barcelona wurden Flugzettel verbreitet, in denen ein verzweifelter Hilferuf an die Juden in aller Welt gerichtet wird. Wenn die Roten in Sowjetspanien triumphieren würden, würde das gleichzeitig auch den Triumph des Weltjudentums bedeuten.



So sieht der Hebräer Laguardia aus.

Der New-Yorker Hebräermeister, der Halbjude Laguardia, wurde von einem amerikanischen Arbeitlosen, dessen Familie infolge langer Beschäftigungslosigkeit ihres Ernährers den größten Sorgen ausgesetzt ist, auf offener Straße verprügelt. Der Angriff erfolgte unmittelbar vor einer Kundfunktionsrede Laguardias, die anlässlich der Ueberreichung einer Geldspende einer jüdischen Gesellschaft für politische Flüchtlinge gehalten werden sollte. Weltbild (M).

Weihnachtsgeschenk der Reichsbahn

Wesentliche Verbesserungen im Personentarif

Im Verfolg der Angleichung der Personentarife des Landes Oesterreich an die des Altreichs treten auch im Altreich am 1. Januar 1939 einige Änderungen ein, die für die beteiligten Kreise wesentliche Verbesserungen bedeuten.

1. Die Preise der Zeitkarten — Monatskarten, Teilmonatskarten, Arbeiterwochenkarten, Kurzarbeiterwochenkarten, Schülermonatskarten — werden auf Entfernungen über 30 Kilometer gesenkt. Das Maß der Senkung wächst mit der steigenden Entfernung. Die Ermäßigung beträgt z. B. für eine Monatskarte 3. Klasse Personenzug bei 35 Kilometer 0,80 RM., bei 40 Kilometer 1,80 RM., bei 50 Kilometer 4,40 RM., bei 60 Kilometer 6,20 RM., bei 75 Kilometer 6,60 RM., bei 100 Kilometer 8,80 RM. Bei Schülermonatskarten beträgt die Ermäßigung rund die Hälfte, bei Arbeiterwochenkarten rund ein Fünftel der obigen Sätze.

2. Neben den bisherigen Schülermonatskarten werden Schülerwochenkarten eingeführt; ihr Preis beträgt rund 28 Prozent dessen der Schülermonatskarten. Die Wochenkarten können nicht nur dann gelöst werden, wenn ein Teil eines Monats in die Ferien fällt, sondern auch wenn ein Schüler wegen Krankheit nur einige Wochen im Monat die Schule besucht, endlich auch bei Kursen und Lehrgängen, die sich auf kürzere Zeit als einen Monat erstrecken.

3. Von neuen Geschwister für dieselbe Zeit Schülermonatskarten, so zahlte bisher das erste Kind voll; künftig zahlen sämtliche Geschwister nur den halben Preis einer gewöhnlichen Schülerkarte. Dasselbe gilt auch, wenn Geschwister für dieselbe Zeit Schülerwochenkarten lösen.

4. Arbeiterrückfahrkarten. Der Kreis der Angehörigen, zu deren Besuch die Karten ausgegeben werden, wird erweitert. Vielfachen Wünschen entsprechend wer-

den die Karten auch zum Besuch unehelicher Kinder ausgegeben, wenn diese das 14. Jahr noch nicht überschritten haben. Unverheiratete erhalten die Arbeiterrückfahrkarten zum Besuch der Geschwister ohne die bisherige Beschränkung auf Geschwister, mit denen sie einen gemeinsamen Haushalt führen. Außerdem wird auf der Hin- und Rückfahrt künftig je eine Fahrtunterbrechung zugelassen und die Geltungsdauer auf 14 Tage verlängert.

5. Die Beförderung von Personenkraftwagen zu halben Sätzen des ermäßigten Gepäcktariifs, die bisher auf einige Strecken beschränkt war, wird auf alle Strecken der Reichsbahn ausgedehnt, wenn Fahransweise über mindestens 200 Kilometer vorgelegt werden und wenn der Verlade- und Entladebahnhof Rampen besitzen. Die Kraftwagen werden mit Durchgangsgüterzügen oder Eilgüterzügen befördert.

Festtagsverkehr mit Arbeiterrückfahrkarten

Wegen des starken Festtagsverkehrs dürfen zuschlagpflichtige Züge am 23., 24., 26. und 27. Dezember 1938 sowie am 2. und 3. Januar 1939 von Reisenden mit Arbeiterrückfahrkarten nicht benutzt werden. Als Ersatz dafür verkehren an diesen Tagen zahlreiche schnellfahrende und zuschlagfreie Entlastungszüge. Nähere Auskunft hierüber erteilen die Bahnhöfe. Eine weitere Erleichterung wird den mit Arbeiterrückfahrkarten reisenden Volksgenossen dadurch geboten, daß die Geltungsdauer aller vom 21. Dezember ab gelösten Arbeiterrückfahrkarten von 10 auf 14 Tage verlängert ist. Die Rückfahrt braucht also mit einer am 21. Dezember gelösten Arbeiterrückfahrkarte erst am 3. Januar, mit einer am 22. Dezember gelösten erst am 4. Januar, mit einer am 23. Dezember gelösten erst am 5. Januar usw. beendet zu sein.

Sozialismus der Tat

Weihnachtsunterstützung für Opfer der Arbeit.

Im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda trat der Ehrenausschuß der „Stiftung für Opfer der Arbeit“ zu seiner üblichen Weihnachtsfeier zusammen, um über die vorliegenden Unterstützungsanträge zu entscheiden. Es wurde für insgesamt 2154 Gesuche ein Betrag von 439854,50 RM. in einmaligen und laufenden Zahlungen bereitgestellt und bewilligt. 942 Gesuche mußten abgelehnt werden, da die Voraussetzungen nicht gegeben waren. Unter den bewilligten Gesuchen befinden sich 716 Anträge, die erneut mit einer Unterstützung im Gesamtbetrage von 83262,50 RM. bedacht wurden. Die Gesamthöhe der seit Bestehen der Stiftung getätigten Auszahlungen erreicht damit einen Betrag von rund 6 Millionen RM. Es ist dafür Sorge getragen worden, daß die Bedachten noch rechtzeitig vor dem Weihnachtsest in den Besitz der ihnen zugeordneten Unterstützungen gelangen.

Der Ehrenausschuß beschloß weiterhin, die im vergangenen Jahre in enger Verbindung mit der NSD. sehr erfolgreich durchgeführte Verschickung von Weihnachtskindern, deren Väter im Verufe tödlich verunglückt sind, auch im kommenden Jahre, und zwar in erheblich erweitertem Umfange, durchzuführen.

Das Fest der selbstlosen Liebe

Reichsminister Kerrl sprach zu seinen Gefolgschaften.

Zu einer weihnachtlichen Gemeinschaftsfeier im „Saale der Fieger“ in Berlin vereinigte Reichsminister Kerrl alle Gefolgschaftsmitglieder seiner Geschäftsbereiche, des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten, der Reichsstelle für Raumordnung, der Reichsplanungsgemeinschaft und der Stiftung Preußenhaus.

Reichsminister Kerrl ging in seiner Ansprache auf die innige Verbindung der Wintermonate unserer Vorfahren und des Weihnachtsestes ein. In diesen Tagen zwischen dunkler und lichter Jahreshälfte habe unser Volk immer gefühlt, daß es nicht nur im natürlichen und materiellen Leben verwurzelt, sondern auch in ein anderes Leben hineingestellt sei, in das Leben in Gott. So sei die Weihnacht für uns Deutsche das Fest der reinen, selbstlosen Liebe geworden, der Liebe, die von Gott kommt. Das deutsche Volk unserer Tage hat diese Liebe erneut verspürt, als ein Kamenlofer von der Vorsehung auserwählt wurde, sein furchtbares Geschick umzuwandeln in Glück und Licht. Dafür gebietet es uns, Gott zu danken und zu lieben.

Der Minister ging dann auf die geschichtlichen Ergebnisse der Politik des Führers und seine Friedensstaten im vergangenen Jahre ein, deren volle Bedeutung richtig zu ermessen, erst späteren Geschlechtern möglich sein werde. Abschließend gab der Minister dem Gelübnis Ausdruck, ins neue Jahr mit dem alten Treuegefühl für den Führer hineinzugehen.

Ein verbobhrter Deutschenfeind

Eine neue Hehleistung des USA.-Ministers Jakes.

Der bereits mehrfach durch seine Hafenausbrüche gegen Deutschland hervorgetretene Innenminister Jakes hat jetzt beim Postmeister der Vereinigten Staaten den Antrag gestellt, die Verwendung amerikanischer Postfächer auf deutschen Dampfern zu unterbinden. Jakes „begründet“ seinen Antrag lediglich mit den üblichen Gemeinplätzen, die seine bekannte Deutschfeindslichkeit zum Ausdruck bringen.

Neues Todesurteil gegen Autofallenbandit

Das hanseatische Sondergericht in Hamburg verurteilte den 21jährigen Wolfgang Stodlossa, der am 29. November 1938 in Hamburg-Farmen den Straßenraub an einem Taxichauffeur ausführte, als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher wegen Verbrechens gegen das Gesetz gegen den Straßenraub mittels Autofalle vom 22. Juni 1938 sowie wegen verschiedener Fälle des Diebstahls, des Betruges, der Unterschlagung und wegen widerrechtlichen Schußwaffenbesitzes zum Tode und zu zehn Jahren Zuchthaus. Weiter wurde auf lebenslänglichen Ehrenrechtsverlust und Sicherungsverwahrung erkannt.

Steuerverfahren und Rechnungswesen

Aus der Tagesarbeit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft

In diesen Tagen befaßte sich der Beirat der Industrie-Abteilung der Wirtschaftskammer Sachsen unter Leitung von Otto Saß, Leipzig, mit einigen wichtigen Fragen aus seinem Arbeitsgebiet.

Im Rahmen eines Ueberblicks über steuerpolitische Fragen behandelte Dr. Weber die Erfahrungen, die in den letzten Jahren mit den Reichsrealsteuergesetzen in Sachsen und im Reich gemacht worden sind. Das Weisse Verfahren habe sich im allgemeinen bewährt, zumal es in Sachsen durch Anwendung der Brandversicherungswerte vereinfacht werden konnte. Die Fabrikgrundstücke würden das nächste Mal auf den 1. Januar 1941 neu bewertet. Zu diesem Zweck werde zur Zeit eine Nachprüfung des Weissen Verfahrens durchgeführt.

Zu einem anderen wichtigen Aufgabengebiet der Industrie-Abteilung haben sich nach einem Bericht von Diplom-Kaufmann Döring die betriebswirtschaftlichen Arbeiten entwickelt. Nachdem vom Reichswirtschaftsminister die Bedeutung eines geordneten Rechnungswesens für die Wirtschaftsförderung wiederholt hervorgehoben und den wirtschaftlichen Organisationen die Betreuung ihrer Mitglieder gerade auch auf diesem Gebiet zur besonderen Pflicht gemacht worden ist, wird die Industrie-Abteilung in den nächsten Monaten verschiedene betriebswirtschaftliche Arbeiten durchführen. Zur Vorbereitung der Einführung der Kontenpläne und Buchhaltungsvorschriften der Wirtschaftsgruppe werden im Monat Januar hauptsächlich für die kleineren Firmen Lehrgänge über doppelte Buchführung abgehalten, deren Beherbergung die Voraussetzung für die praktische Anwendung der Kontenpläne ist.

In der weiteren Entwicklung sollen die betriebswirtschaftlichen Arbeiten auch auf die Fragen der Selbstkostenrechnung, die Zusammenhänge zwischen Kalkulation und Preisbildung, zwischenbetrieblichem Rechnungswesen und Steuern in besonderen Lehrgängen ausgedehnt werden.

Wann Betriebsärzte?

Der nächste Punkt galt der Gesundheitsführung in den Betrieben, der Bestellung von Betriebsärzten. Zwischen dem Haupt- und Wfz.-Amt für Volksgesundheit und der Reichsgruppe Industrie sind Richtlinien für Betriebsärzte sowie Muster für vertragliche Vereinbarungen über die Einstellung von haupt- und nebenamtlichen Betriebsärzten abgemacht worden.

Die Bestellung hauptamtlicher Betriebsärzte kann im allgemeinen einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben. Im Augenblick steht die Einführung von nebenamtlichen Betriebsärzten im Vordergrund.

Entsprechend dem ihr von der Reichsgruppe Industrie erteilten Auftrag hat sich die Industrie-Abteilung im Einvernehmen mit dem Gauamtsleiter bzw. dem Wfz.-Gauabteilungsleiter des Amtes für Volksgesundheit mit den Dienststellenleitern in den einzelnen Kreisen in Verbindung gesetzt, um die Firmen durchzusprechen, für die Betriebsärzte vordringlich zu bestellen sein werden. Dabei ist erfreulicherweise festzustellen, daß eine Anzahl Betriebsführer der gesundheitlichen Betreuung ihrer Arbeitskameraden bereits ihr besonderes Augenmerk zugewendet haben.

Warum Zugverspätungen?

Die Schwierigkeiten im Eisenbahnbetrieb

Der plötzliche Kälteeinbruch hat, wie die Reichsbahndirektion Dresden mitteilt, im ganzen Reich die ohnehin angespannte Betriebslage der Eisenbahn weiterhin stark erschwert. Der Kälteeinbruch kam um so ungelogener, als der gesamte Betriebsapparat durch die außerordentliche Steigerung des Verkehrs bereits aufs äußerste beansprucht ist. Allein der Weihnachtverkehr der Wehrmacht, des Arbeitsdienstes und der bei den Westbefestigungen beschäftigten Arbeiter hat in diesem Jahr einen noch nie dagewesenen Umfang angenommen. Weiter kommt hinzu, daß wegen der Vereisung der Ströme auch die Binnenschifffahrt fast völlig ruht. Ferner herrscht im Sudetengau noch ein außergewöhnlich großer Mangel an Wagen und namentlich an Lokomotiven, der sich desto stärker auswirkt, weil die Locomotiven für die durch Kälteeinwirkungen oder aus anderen Ursachen schadhast gewordenen Lokomotiven noch keine Ersatzteile geliefert haben, diese aber in Deutschland naturgemäß heute nicht zu beschaffen sind. Es kann deshalb nicht ausbleiben, daß die daraus herrührenden zwangsläufigen Betriebschwierigkeiten gerade Sachsen Verkehr stark beeinträchtigen. Trotz Einfahrs- und schärferer Anspannung aller Kräfte waren unter diesen Umständen erhebliche Verspätungen im Personen- und Güterzugverkehr leider nicht zu vermeiden.

Die Auswirkung der von der Reichsbahn getroffenen Maßnahmen und die Milderung des Frostes lassen nunmehr eine gewisse Entspannung der Betriebslage erhoffen.